

Antrag

der Bundesregierung

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Friedensmission der Vereinten Nationen im Sudan (UNMIS) auf Grundlage der Resolution 1590 (2005) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 24. März 2005 und Folgeresolutionen

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stimmt der von der Bundesregierung am 17. Juni 2009 beschlossenen Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Friedensmission der Vereinten Nationen im Sudan UNMIS (United Nations Mission in Sudan) auf Grundlage der Resolution 1590 (2005) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (VN) vom 24. März 2005 und Folgeresolutionen, zuletzt Resolution 1870 (2009) vom 30. April 2009 mit Geltung bis zum 30. April 2010, zu. Die hierfür vorgesehenen Kräfte können eingesetzt werden, solange ein Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und die konstitutive Zustimmung des Deutschen Bundestages vorliegen, längstens jedoch bis zum 15. August 2010.
2. Der Einsatz wird fortgesetzt ohne inhaltliche Änderung und unter Fortgeltung der Regelungen des Beschlusses vom 13. April 2005, dem der Deutsche Bundestag am 22. April 2005 zugestimmt hat (Bundestagsdrucksache 15/5265), sowie der Verlängerungsbeschlüsse der Bundesregierung, denen der Deutsche Bundestag jeweils zugestimmt hat, zuletzt am 17. September 2008 (Bundestagsdrucksache 16/10104).
3. Der Deutsche Bundestag nimmt die Zusicherung der Bundesregierung zur Kenntnis, den Deutschen Bundestag erneut zu befassen, wenn der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sein Mandat in einer Weise ändert, die für Einsatzrahmen und Aufgaben der eingesetzten deutschen Kräfte von Bedeutung ist.
4. Die einsatzbedingten Zusatzausgaben werden – sofern nicht von den Vereinten Nationen getragen bzw. erstattet – aus dem Einzelplan 14 finanziert. Sie werden für die Dauer von zwölf Monaten und bei einem Einsatz von bis zu 75 Soldatinnen und Soldaten rund 1,79 Mio. Euro betragen. Hiervon entfallen auf das Haushaltsjahr 2009 rund 0,65 Mio. Euro sowie auf das Haushaltsjahr 2010 rund 1,14 Mio. Euro. Für diese Ausgaben ist im Einzelplan 14 im Bundeshaushalt 2009 und im Finanzplan für das Jahr 2010 Vorsorge getroffen.

Begründung

Die bei der VN-Friedensmission UNMIS eingesetzten deutschen Soldaten leisten einen wichtigen und international angesehenen Beitrag zur dauerhaften

Überwindung eines Konflikts, der zu den längsten und blutigsten Auseinandersetzungen auf dem afrikanischen Kontinent zählt. Das militärische Engagement der Bundeswehr bleibt ein wichtiger Bestandteil der Gesamtanstrengungen der Bundesregierung zur Friedenskonsolidierung im Sudan. Aktuell sind 31 deutsche Soldaten bei UNMIS eingesetzt.

Als Beobachtungs- und Verifikationsmission nach Kapitel VI der VN-Charta soll UNMIS die Implementierung des im Januar 2005 geschlossenen Umfassenden Friedensabkommens überwachen und die ehemaligen Kriegsparteien bei dessen Umsetzung unterstützen. Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII der VN-Charta sind UNMIS zum Schutz der Sicherheit und Bewegungsfreiheit des VN-Personals und der Hilfsorganisationen sowie direkt gewaltbedrohter Zivilisten im Rahmen verfügbarer Fähigkeiten eingeräumt. UNMIS trägt somit maßgeblich zu weitgehender Stabilität und zum Schutz der Zivilbevölkerung im Südsudan bei. Die Mission umfasst insgesamt etwa 10 000 Soldatinnen, Soldaten und Polizeibeamte sowie 3 600 zivile Angestellte.

Der Sicherheitsrat der VN hat am 30. April 2009 mit Resolution 1870 (2009) das UNMIS-Mandat bis zum 30. April 2010 verlängert und seine Absicht bekundet, es auch darüber hinaus zu verlängern.

UNMIS hat seit 2005 wichtige Erfolge zu verzeichnen. Die Umsetzung des Umfassenden Friedensabkommens, welches die jahrzehntelange Auseinandersetzung zwischen dem Süden und dem Norden im Sudan beendet hat, geht weiter. Beide Parteien bekennen sich weiterhin zu diesem Abkommen. Auch beim Aufbau der südsudanesischen Verwaltung und der Reform des Sicherheitssektors sind Fortschritte zu verzeichnen. Das Programm zur Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration von ehemaligen Kombattanten hat im Februar 2009 mit Unterstützung von UNMIS begonnen. Die Nationale Wahlkommission des Sudan hat Wahlen für 2010 angekündigt. Fortschritte sind auch bei der Rückführung und Reintegration von Flüchtlingen zu verzeichnen.

UNMIS steht weiterhin vor großen Herausforderungen. Für eine ordnungsgemäße Durchführung der Wahlen 2010 und des Referendums 2011 müssen sich die Parteien des Umfassenden Friedensabkommens noch in wesentlichen Fragen verständigen. Dies betrifft zum Beispiel die Grenzziehung zwischen Nord- und Südsudan, die Aufteilung von Ressourcen und den Status der ölreichen Region um Abyei. UNMIS spielt eine wichtige Rolle, um die Parteien bei der Lösung dieser Fragen zu unterstützen und bleibt als stabilisierendes Element im Sudan deshalb bis auf weiteres unverzichtbar.

Zusätzlich zum deutschen militärischen und polizeilichen Beitrag zu UNMIS fördert die Bundesregierung gezielt Projekte zur Unterstützung der Arbeit von UNMIS. Sie unterstützt zum Beispiel den VN-Radiosender Miraya und fördert den Aufbau der Polizei im Südsudan sowie die aus Polizeikräften des Nordens und des Südens bestehende integrierte gemeinsame Polizeieinheit in Abyei. Auch bei der Unterstützung des Programms zur Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration von ehemaligen Kombattanten engagiert sich die Bundesregierung mit einem Beitrag von 1,7 Mio. Euro. Die Bundesregierung unterstützt zudem einen internationalen Geberansatz zum Wiederaufbau des Südsudans (Multi-Donor Trust Fund – Südsudan) und trägt mit Vorhaben der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zur Unterstützung der Verwaltungsreform und Dezentralisierung sowie des städtischen Wassersektors im Südsudan zur Friedenskonsolidierung bei.